4.2022

Ausguck:

DAS MAGAZIN DER
CDU-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
IM LAND BREMEN

CDU FRAKTION BREMEN

DAS ROT-ROT-GRÜNE BILDUNGSPAKET

Mit Doppelstrategie gegen Situation am Bremer Hauptbahnhof
Seite 4

Interview zum Bildungsnotstand mit Frank Imhoff und Yvonne Averwerser
Seite 8

Kommen Sie gut durch den Winter
Seite 12

Ausguck:
4.2022

THEMA

Bremer Hauptbahnhof: Ausuferndes Drogenelend 4

Suchtmedizinisch ist das Wahnsinn 7

Titelthema Bildung: Leistung ist zum Fremdwort geworden 8

Maßnahmen für bessere Bildung 10

Wiedersehen auf der Frankfurter Buchmesse 11

ZU GUTER LETZT

Kommen Sie gut durch den Winter 12

4

8

12

www.instagram.com/cdubremen

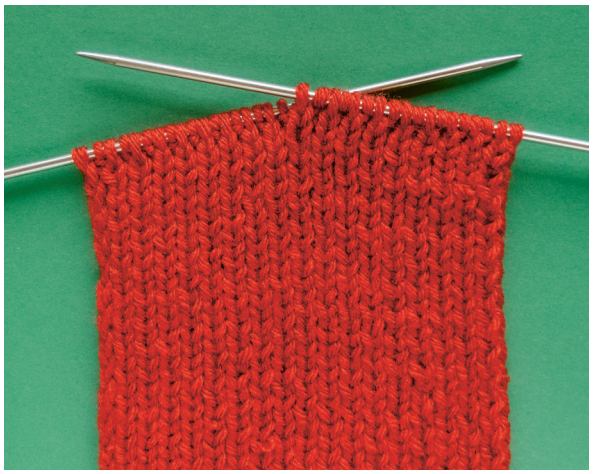
www.facebook.com/CDUFraktionBremen

twitter.com/CDUFraktionHB

Redaktioneller Hinweis:
Orientiert an der Empfehlung des Rates für deutsche Rechtschreibung vom März 2021 wird im Text das generische Maskulinum verwendet (externe Beiträge ausgenommen). Angesprochen sind damit alle Geschlechter.
Mehr Infos dazu hier: www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr_PM_2021-03-26_Geschlechtergerechte_Schreibung.pdf

KAUM ZU GLAUBEN, ABER BREMEN

Masche Rot-Rot-Grün



Die neueste Masche von Rot-Rot-Grün hat eine besondere Rezeptur.

Dass linke Regierungen Bremen in den letzten Jahren systematisch ans Tabellenende der Bundesrepublik regiert haben, ist traurige Wahrheit. Auch, dass SPD, Grüne und Linke mit jedem Tag näher zur Wahl immer stärker betonen, wie engagiert sie sind. Schuldenfinanzierte Wahlgeschenke und blumige Versprechen häufen sich. Doch die neueste Masche von Rot-Rot-Grün hat eine besondere Rezeptur: Man nehme ein Konzept der CDU (das man freilich vor drei Jahren rundweg abgelehnt hat) und schreibt Rot-Rot-Grün drüber. Thema: Vorfahrt bei den Kitaplätzen für angehende Schulkinder, wie von uns schon 2019 gefordert. Die stärkste Oppositionspartei setzt sich also langfristig durch. Wir merken uns dazu: Abgeschriebenes sollte man nie ganz abschreiben.

CDU-ORIGINAL

ROT-ROT-GRÜNE KOPIE

Kaum wettkampf-tauglich

400 Leistungsschwimmer mussten wieder abreisen.

Geschlagene vier Jahre dauerte der Neubau, fast zwei Millionen Euro Kostensteigerungen waren die Folge. Und gleich der erste Wettkampf fiel buchstäblich ins Wasser: 400 nationale wie internationale Schwimmsportler mussten Bremen ohne jeden Startschuss verlassen. Der Grund: unlösbare technische Mängel beim 30-Millionen-Bau. Die Rede ist vom Horner Bad. Die bundesweit wahrgenommene Bremer Peinlichkeit reiht sich dabei in eine Kette politischen Versagens der grünen Senatorin Anja Stahmann. Ein Bad nach dem nächsten ist kaum noch funktionstüchtig. Schwimmunterricht kann deswegen nicht oder nur unzureichend stattfinden. Leistungssportler erfahren aus der Zeitung, wo sie die nächsten Monate trainieren müssen. Und der Bädergesellschaft gehen wegen ihres miserablen Arbeitsklimas reihenweise Mitarbeiter von der Fahne. Außer die Bäderchefin, an ihr hält Senatorin Stahmann ehern fest. Dabei ist das Ergebnis der Geschäftsführerin kaum wettkampftauglich. Hauptsache, die eigene Nase bleibt knapp über Wasser. Vermutlich hat die Bäderchefin von ihrer Senatorin gelernt.

Kontakt
luebke@cdu-bremen.de

Ausuferndes Drogenelend

Mäurer beugt sich CDU-Druck

Vermüllte Ecken rund um den Bremer Hauptbahnhof.

Großflächiger Drogenhandel wie rings um den bremischen Hauptbahnhof ist stets ein Ergebnis organisierter Kriminalität. Diese muss systematisch mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zerschlagen werden. Das räumte Innensenator Mäurer (SPD) nach intensivem, wochenlangem Druck der CDU-Bürgerschaftsfraktion am 17. November im Landtag ein. Die Christdemokraten hatten öffentlich eine Doppelstrategie gegen den seit Monaten ausufernden Verkauf und Konsum harter Drogen zwischen Steintorviertel und Güterbahnhof sowie Nelson-Mandela-Park und Wallanlagen vorgestellt. Kernaussagen: Erstens hält die hohe Verfügbarkeit von Heroin, Crack und Crystal Meth auf der Straße die Abhängigen systematisch in der Sucht. Auch verleitet dies Konsumenten leichter Drogen zum Umstieg auf härtere. Entsprechend müssen Dealer-Strukturen drakonisch zerschlagen werden. Zweitens muss die Konzentration nahezu sämtlicher Angebote der Drogenberatung rings um den Bahnhof dezentralisiert und vor allem stärker in medizinisch-ärztliche Hände gegeben werden (siehe dazu auch umseitig: „Suchtmedizinisch ist das Wahnsinn“).

In der von der CDU-Bürgerschaftsfraktion beantragten Aktuellen Stunde kam es zunächst zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen Regierungsfraktionen und Christdemokraten. Die Kritik durch CDU-Fraktionschef Heiko Strohmann zeigte Wirkung. SPD-Innensenator Mäurer schwenkte bei Fragen zum polizeilichen Vorgehen und der Abschiebepolitik von Straßen-Dealern so weit auf die Doppelstrategie der Christdemokraten ein, dass es der mitregierenden Fraktion Die Linke die Sprache verschlug: Keinerlei Beifall zu Mäurers Ankündigungen, insbesondere zu seinem Hinweis, es handele sich bei der Straßen-Dealer-Szene am Bahnhof nach neuesten polizeilichen Erkenntnissen vornehmlich um Personen aus Guinea. Auch Hintermänner wie Lieferanten hätten ihre Herkunft in dem westafrikanischen Land. Dies habe inzwischen vielfach durch Ausweisdokumente belegt werden können. Die Innenbehörde werde straffällige Personen dieses Kreises künftig mit Nachdruck abschieben. Größere Teile des linken Spektrums der Regierungsfraktionen wirkten geschockt. Der durch die CDU erzielte, längst überfällige Vorstoß Mäurers schien nicht mit ihnen abgestimmt zu sein.

Mit Doppelstrategie
gegen Drogenelend

Anlass der Aktuellen Stunde war eine in der Vorwoche kurzfristig anberaumte PR-Aktion mit Ortstermin des Senats in der Friedrich-Rauers-Straße. Dort hatte das Regierungsbündnis verkünden lassen, Süchtige und Dealer auch mit Hilfe polizeilicher Maßnahmen aus dem Bahnhofs-Viertel dorthin dauerhaft verdrängen zu wollen. Zahlreiche Bürger hatten sich nach entsprechenden Medien-Berichten bei der CDU-Bürgerschaftsfraktion gemeldet. Eine große Sorge lautete, der Senat wolle Konsum und Dealerei harter Drogen durch die Hintertür legalisieren oder die Straftat insbesondere des Handels zumindest systematisch dulden. Vor allem Aussagen eines Sprechers der Koalition sorgten für Aufregung, der Senat wolle diesen Umzug von Dealern mit Polizeikräften unterstützen. Hierdurch - so manche Bürger - fördere der Staat die organisierte Kriminalität, anstatt sie zu bekämpfen.

In der Debatte zur Aktuellen Stunde unterstrich Fraktionschef Heiko Strohmann deutlich, dass die Christdemokraten bewusst für eine Doppelstrategie aus Repression gegen kriminelle Strukturen einerseits und professioneller, vor allem medizinisch-ärztlich verstärkter Strukturen der Drogenhilfe andererseits setze. In dem Zusammenhang erneuerte Strohmann die Kritik an der linken Regierung, den seit langem angekündigten ärztlich betreuten Drogenkonsumraum immer noch nicht etabliert zu haben. Eine zugehörige Große Anfrage der CDU beantwortet der Senat Bovenschulte seit Monaten nicht. Überdies fordern die Christdemokraten ein Koordinierungsbüro Hauptbahnhof, in dem ein Senats-Ressort die Federführung übernimmt und für die Durchführung der Maßnahmen verantwortlich ist. Auch müsse das Ortsgesetz geändert werden, um Alkoholkonsum- und Verkauf am Bahnhof zu verbieten.

Abschließend betonte Strohmann erneut: Die Plätze und Straßen gehörten den Bürgerinnen und Bürgern, nicht den Dealern. Sowohl in den Medien als auch in weiteren Rückmeldungen vieler Menschen aus Bremen fand und findet die Doppelstrategie der Christdemokraten großen Zuspruch. Die größte Oppositionsfraktion wird in Zukunft nicht nachlassen, SPD-Innensenator Mäurer, aber auch Gesundheitssenatorin Bernhard (Linke) regelmäßig nach ihren tatsächlichen Erfolgen im Kampf gegen das Drogenelend zu befragen.

Kontakt
strohmann@cdu-bremen.de

Kontakt
luebke@cdu-bremen.de

RECHTSFREIER RAUM DANK ROT-ROT-GRÜN?

Donnerstag,
15. Dezember 2022, 19 Uhr

IntercityHotel Bremen,
Bahnhofsplatz 17–18, 28195 Bremen

DISKUTIEREN SIE MIT!

Was sind Ihre Ideen, Meinungen, Erfahrungsberichte? Wir sprechen mit Expertinnen und Experten vor Ort, u.a. mit der Bürgerinitiative Attraktiver Bremer Bahnhof e.V., über die unhaltbare Situation an unserem Bremer Hauptbahnhof.

Zur besseren Planung bitten wir um eine Anmeldung unter: **0421 - 30 89 448** oder **neumann@cdu-bremen.de**

HAUPTBAHNHOF

Suchtmedizinisch ist das Wahnsinn

In Bremen ist manches besonders: im Guten, wie leider auch im Schlechten. Die Drogenpolitik linker Regierungen an der Weser gehört klar in die letzte Kategorie, ganz egal, wie innig SPD, Grüne und Linke beteuern mögen, man unternehme unglaublich viel. Vielmehr steigt die Zahl opioidabhängiger Menschen entlang der Weser. Zudem breitet sich die Crack-Szene zwischen Güterbahnhof und Steintor-Viertel massiv aus und die Zahl der Drogentoten steigt seit 2017 in Wellenbewegungen an. Starben damals weniger als zehn Menschen an den Folgen ihres Konsums, waren es im Jahr darauf 22 und 2020 sogar 41 Menschen. Zwar sank die Zahl im Jahr 2021 auf 25 Drogentote. Indes ist der Trend langfristig steigend.

Drogenpolitisch vertritt die linke Koalition wiederholt die Auffassung, eine Konzentration möglichst vieler Angebote der Drogenhilfe an einem Standort (inmitten der offenen Drogenszene) sei hilfreich. Dies widerspricht in fundamentaler Weise umfangreichen suchtmedizinischen Studien und der aktiven Drogenpolitik der meisten größeren Städte in Deutschland. Völlig ungeschminkt deckt etwa die DRUSEC-Studie der Universität Bremen vom Mai 2021 den irrigen Sonderweg von Rot-Grün-Rot auf, indem die wissenschaftlichen Verfasser anraten: „Es wird eine Dezentralisierung der Hilfeangebote für Konsumierende illegaler Drogen sowie der Substitutionsbehandlung zugunsten einer stadtteilorientierten Versorgung empfohlen, um die Erreichbarkeit ambulanter Angebote und der Ersatzstoffvergabe zu optimieren und Ansammlungen umfangreicher Szenen in Bahnhofsnähe zu verringern.“ Mehr wissenschaftliche Opposition gegen Rot-Grün-Rot geht kaum.

Auch dieser Tage macht die linke Regierung von Bürgermeister Bovenschulte jedoch unbelehrbar das Gegenteil. An kaum einem Beispiel wird die amateurhafte, aber moralisierende Drogenpolitik des Senats Bovenschulte deutlicher als an der Substitutions-Praxis mitten in der offenen Drogenszene. Gegen jede medizinische Vernunft und wissenschaftliche Erfahrung betreibt die comeback GmbH ihre Methadon-Ausgabe für substituierte Patienten im Tivoli-Haus Tür an Tür mit ihrem Kontaktzentrum für Konsumenten harter Drogen sowie flankiert von Straßendealern rund um das Gebäude.

Haftentlassene, die mit Methadon aktuell frei von illegalen Drogen leben, müssen zur Abholung ihrer ärztlich verordneten Ersatzdroge im Tivoli täglich an „Türstehern“ vorbei, die ihnen offen Heroin und Crack anbieten. Im Treppenhaus treffen die Substituierten auf alte Bekannte der offenen Szene, die unverändert an der Nadel hängen und sich im Tivoli soeben frische Spritzen geholt haben. Auch Methadon-Patienten, die als nicht wartezimmerfähig gelten, weil ihr innerer Druck so immens ist, müssen sich den Weg zur Methadon-Abgabe quer durch die harte Drogenszene am und im Tivoli bahnen. Suchtmedizinisch ist das Wahnsinn. Der Rückfall ist so sicher wie das Amen in der Kirche, anfangs durch geringen Beikonsum, in der Folge zumeist mit steigenden Dosen und Ausstieg aus dem Methadon-Programm. Im Grunde hat fast keiner der Methadon-Substituierten eine Chance, seinem Teufelskreis zu entrinnen, wenn er zur Substitution ins Tivoli muss.

Trotz zahlreicher Interventionen auch der CDU-Bürgerschaftsfraktion auf parlamentarischem Wege ist das Prinzip comeback (alles aus einer Hand an einem Ort) politisch durch die linke Regierung Bovenschulte gewollt oder zumindest geduldet. Langjährige Geschäftsstellenleiterin im Tivoli ist die ebenso langjährige bremische Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE, Cornelia Barth. Manches in Bremen ist halt besonders. Doch irgendwann müssen die parlamentarischen Initiativen um weitere Debatten-Formate ergänzt werden (*siehe Veranstaltung, Seite 5*). Der langjährige Skandal braucht transparente Dynamik in der breiten Öffentlichkeit. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion beschreitet nunmehr diesen Weg. Auch und vor allem für alldiejenigen Methadon-Patienten, die keine Sekunde länger auf Herrn Bovenschultes Koalition warten können.

Kontakt
dertwinkel@cdu-bremen.de

Kontakt
bensch@cdu-bremen.de

Leistung ist zum Fremdwort geworden

Beide sind erfolgreiche Mitglieder der Bürgerschaft und damit hervorgehobene Persönlichkeiten des Öffentlichen Lebens. Beide engagieren sich für das Thema Bildung. Wie beurteilen sie die Chancen für Heranwachsende in Bremen und Bremerhaven? Woran mangelt es im bremischen Bildungssystem und wie lassen sich die strukturellen Probleme lösen? Ein Gespräch mit Yvonne Averwerser und Frank Imhoff.

Ausguck: Frau Averwerser! Über den schlechten Zustand des bremischen Bildungssystems ist viel gesagt worden. Deswegen ein bewusst anderer Einstieg in dieses Interview: In den östlichen Bundesländern haben Kinder von Einwanderern eine wesentlich höhere Bildungsbeteiligung als im Westen. Auf den Gymnasien sind sie dort sogar knapp in der Mehrheit. Was sagt uns das?

Migration, heterogene Klassenverbände und Bildungsarmut - dafür muss das Schulsystem Power haben. Yvonne Averwerser

Averwerser: Es gäbe viele Schlussfolgerungen aus diesen Daten des IQB Berlin. Eine sticht nach repräsentativen Auswertungen der Daten durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg aber besonders hervor: Bezogen auf den Migrationshintergrund funktioniert Inklusion bei uns deutlich schlechter als in den neuen Bundesländern. Wer mit Migrationshintergrund nach Bremen kommt, hat es sehr schwer, durch Bildung den gesellschaftlichen Aufstieg zu schaffen.

Ausguck: Rechte Populisten könnten diese Statistik als Argument nehmen, dass weniger Zuwanderung besser wäre, weil die Migrationsquote im Osten deutlich niedriger ist.

Averwerser: Das wäre eine mutwillige Fehldeutung. Denn dieser Zusammenhang besteht gerade nicht, wenn erstens das Bildungssystem vor Ort leistungsfähig ist und zweitens die Heterogenität in den Klassenverbänden nicht maximal wird. Wir sehen in Städten wie Leipzig, Dresden oder Erfurt, die mit Bremen in Größe und Struktur durchaus vergleichbar sind, dass leistungsfähige Schulsysteme der Schlüssel zur Teilhabe an Bildung und Gesellschaft sind. Gute Kitas und Schulen machen Kinder und Jugendliche also unabhängiger von ihrer familiären Herkunft. Dafür muss das System aber Power haben. In Bremen ist es nach 75 Jahren SPD allerdings völlig herabgewirtschaftet.

Imhoff: Es kommt noch etwas hinzu, was heute wie früher stimmt: Die Bereitschaft in der Familie ist ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg. Wenn die Eltern sich für den Bildungsweg der Kinder interessieren und ihn fördern, dann muss die Herkunft überhaupt kein Hindernis für den Aufstieg sein. Die SPD hat das Thema Leistung in den vergangenen Jahrzehnten aber systematisch aus den Schulen verdrängt. Und ich gehe so weit zu sagen, dass linke Politik den Leistungsgedanken insgesamt in Bremen und Bremerhaven zum Fremdwort gemacht hat. Das müssen wir ändern, denn Chancengerechtigkeit und Leistungsförderung schließen sich nicht aus.

Ausguck: Da spricht einer, der sich bis in die Spitzenpolitik am Marktplatz vorgearbeitet hat. Das kann erstens nicht jeder schaffen. Und zweitens haben viele Menschen andere Vorstellungen für ihr Leben. Ist es nicht zu viel, von allen den Willen zum Aufstieg zu verlangen?

Imhoff: Niemand will arm und hilfsbedürftig sein. Jeder Mensch braucht Erfolge und hat sie auch verdient. Es geht nicht um wirtschaftlichen Aufstiegswillen, den wir verordnen wollen. Dann wären wir kein Stück besser als linke Ideologen, die alles und jeden gleichmachen wollen. Uns geht es um etwas anderes: Die Menschen haben ein Recht, für sich vorankommen zu können. Unser Bundesland bietet aber immer weniger Chancen dafür. Wir sind zum Symbol für letzte Plätze, Bildungsnotstand und Armutsgefahr geworden. Vielen Menschen macht das Angst. Diese Angst können wir nicht mit Alimentierung und falsch verstandener Inklusion zuschütten. Immer mehr Jugendliche landen durch diese SPD-Politik auf der Straße. Wir stattdessen meinen, es hilft Kindern, Jugendlichen und Eltern deutlich mehr, wenn sie frühzeitig und verständlich erfahren, wo sie stehen.

Ausguck: Ein Plädoyer für Noten und Wiederholung von Klassenstufen?

Imhoff: Wir wissen doch nicht erst seit gestern, dass der Mensch durch Wiederholung lernt und Ziele braucht, an denen er sich misst. Kinder und Jugendliche vergleichen sich tagtäglich miteinander und nehmen Bewertungen vor. Linke Bildungsideologien werden den Menschen das nicht abtrainieren. Warum sollte die Schule mit Zeugnissen arbeiten, deren Texte immer weniger Kinder und Eltern lesen können? Worin liegt der Vorteil dieser Ideologie für unsere Gesellschaft? Das konnte mir bisher kein einziger Sozialdemokrat plausibel erklären ...

Averwerser: ... und wir brauchen deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrer. Ein oder zwei Jahrgänge reichen nicht. Das bedeutet: Ausbau von bedarfsgerechten Studienplätzen, aber auch die Attraktivierung des Lehrerberufs, unter anderem durch eine spürbare Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Schulen. Das erfordert Mumm bei den Haushaltsverhandlungen. Was die SPD als stärkste Kraft in der Regierung dazu abliefert, ist wirklich schwach.

Ausguck: Im Beirat Woltmershausen hieß es kürzlich über die Bildungsbehörde: ‚Bremen geht immer den falschen Weg'. Bezogen war das unter anderem auf das Fördersystem für junge Kinder mit Sprachdefiziten vor der Schule. Hier wurde bemängelt, dass Kita-Kinder teilweise bis zu 18 Monate auf eine Entscheidung der Bildungsbehörde warten müssen, ehe sie ein Förderangebot besuchen können.

Frank Imhoff: Die SPD hat das Thema Leistung in den vergangenen Jahrzehnten systematisch aus den Schulen verdrängt.

Averwerser: Wenn der Bescheid aus der Behörde da ist, ist das Kind bereits in der zweiten Klasse und versteht dort nichts ... absurder geht es kaum. In Bremen wird seit Jahren krampfhaft versucht, so viele Entscheidungen wie möglich aus den Lehrer-Kollegien, den Klassenzimmern und auch aus den Kitas heraus in die Behörde zu holen. Wir halten das für einen grundsätzlichen Fehler. Wir brauchen weniger Bildungsbürokratie und mehr Entscheidungen vor Ort. Die Schulen und Kitas brauchen Luft zum Atmen. Der Schlüssel dazu liegt in deutlich mehr pädagogischem Personal. Das ist Aufgabe von niemandem sonst als dem Staat, sprich der Regierung Bovenschulte. Wir können seit 2019 also sehr gut erkennen, wie ernst es Rot-Grün-Rot mit dem Recht auf gute Bildung für alle tatsächlich meint.

Imhoff: Rot-Grün-Rot legt immer mehr wirkungslose Programme und Prograämmchen abseits von Kita, Schule und Einrichtungen der staatlichen Jugendhilfe auf. Bei Vereinen, die ihnen politisch nahestehen. Dort verpufft das Geld oder es liegen nachweislich Millionenbeträge in Schwarzen Kassen brach. Zeitgleich sehen Eltern und Großeltern jeden Tag in Kita und Schule, was wirklich an der Basis los ist. Inzwischen reicht es den Menschen nicht mehr aus, wenn sich die Bildungssenatorin stets bemüht und Herr Bovenschulte zu alldem schweigt und betont, er habe schließlich keine Richtlinienkompetenz, um etwas durchzusetzen. Auch an dieser Stelle ist Leistung leider ein echtes Fremdwort geworden.

Kontakt
averwerser@cdu-bremen.de

Kontakt
imhoff@cdu-bremen.de

VORSCHLÄGE DER CDU-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION FÜR BESSERE BILDUNG

Sofortprogramm für mehr Lehrpersonal

Stipendien-Programm für junge Referendare nach dem Vorbild Bremerhavens

Schuldienst für Kräfte mit Lehrbefähigung in nur einem Unterrichtsfach öffnen

Seiteneinstieg ins Lehramt erleichtern

Aktive Anwerbepolitik von Lehrpersonal aus dem Umland

Wiederholung der Klassenstufe bei elementaren Schwächen

Wenn ein Kind das Klassenziel leider nicht erreicht, soll es nach genauer Analyse der Lernlücken und den sich hieraus ergebenden flankierenden Förder- und Unterstützungsmaßnahmen die Klasse wiederholen.

Sofortprogramm für mehr Kita-Personal

Kräftiger Ausbau der bewährten praxisintegrierten Ausbildung (PiA)

Bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher oder Entlastung um Verwaltungsaufgaben

Vereinfachte Anerkennung pädagogischer Abschlüsse aus dem Ausland

Kooperationen mit Kommunalen Wohnungsbaugesellschaften für zusätzliche Kita-Räume ausbauen

Freiwilliges Platz-Sharing in der Krippe

Noten ab der 3. Klasse wieder einführen

Schüler und Eltern sollen frühzeitig und verständlich erfahren, ob und wo Schwächen vorhanden sind. Für die wachsende Zahl an Kindern und Eltern mit Sprachproblemen sind reine Textzeugnisse eine große Barriere.

Eigenständiges Unterrichtsfach Informatik im Zuge eines Modellversuches etablieren

Den Empfehlungen der ständigen wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz folgend, halten wir an unserem Antrag für ein eigenständiges Unterrichtsfach Informatik ab der Sekundarstufe I fest.

Qualitätsinstitut (IQHB) als wirklichen Dienstleister mit spürbarem Mehrwert für den gesamten Bildungsbereich etablieren

Das auf Druck der CDU etablierte Institut ist immer noch ohne Führung und kann weitgehend nicht arbeiten. Beide Mängel müssen zügig abgestellt werden.

Verpflichtendes Vorschuljahr für Kinder mit Sprachförderbedarf

Wir halten unseren Antrag vom Juni 2021 dazu aufrecht. Die Erfahrungen aus Hamburg geben uns Recht. Hingegen ist das rot-grün-rote Konzept zum Kita-Brückenjahr bereits nach wenigen Monaten gescheitert. Verpflichtend heißt für uns auch, dass der Senat diese Kita-Plätze auch bereitstellt, und zwar mit mindestens 20-stündigem Sprachförderangebot pro Woche.

Kontakt
ahrens@cdu-bremen.de
averwerser@cdu-bremen.de
hornhues@cdu-bremen.de

Unser Antrag: Eigenständiger Informatikunterricht ...

Unser Antrag: Bessere Bildungsverläufe ...

Wiedersehen auf der Frankfurter Buchmesse

CDU-Fraktion besucht Bremer Verlage

Ein Schritt in Richtung Normalität war, nach Corona-Sonderversionen der vergangenen Jahre, die Frankfurter Buchmesse 2022. Auf Einladung des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels sprach Claas Rohmeyer, kulturpolitsicher Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, mit Playern der Buchszene in Bremen. „Wie wichtig der persönliche Austausch und die Pflege und Verknüpfungen von Beziehungen sind, zeigt sich immer wieder auf solchen Messen. Die globale Weltlage hat auch Auswirkungen auf den lokalen Buchhandel. Da ist es besonders vonnöten, dass Politik sich von den Betroffenen Probleme und Herausforderungen schildern lässt, um helfen und entgegensteuern zu können.“ Die Buchbranche steckt in einer Papier- und Energiekrise. In Folge von Corona sind Lieferketten gestört, es herrscht Rohstoffmangel. Die Preise explodieren. Auch aufgrund des Krieges in der Ukraine kommt es zu Versorgungsengpässen. Um die Branche zu entlasten, steht nun die Senkung der Mehrwertsteuer für Bücher auf Null im Raum. Die neue Mehrwertsteuer-Richtlinie der Europäischen Union macht es möglich. In Deutschland gilt bisher ein Steuersatz von sieben Prozent auf Bücher und E-Books. „Natürlich muss man sich diese Idee näher anschauen, dies scheint aber eine interessante Variante zu sein, um die Branche und vor allem kleine inhabergeführte Buchhandlungen zu entlasten“, so Claas Rohmeyer. Ein weiteres Thema auf der Messe: die Einführung eines Mindestpreises für ein Buch, statt des bisherigen Fixpreises. Die Buchpreisbindung würde flexibler gestaltet werden. Eine Buchhandlung könnte also Bücher teurer verkaufen als vom Verlag festgelegt. „Hierbei sehe ich allerdings die Gefahr, dass große Handelsketten mit dem niedrigsten Preis auf Kundenfang gehen und kleine Geschäfte, die eher auf einen Euro mehr angewiesen sind, ins Hintertreffen geraten. Die Buchpreisbindung ist ein hohes Gut, das man nicht so einfach kippen sollte.“

Claas Rohmeyer, kulturpolitischer Sprecher (rechts) mit Volker Petri, Geschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels Landesverband Nord e.V., am Messestand des Börsenvereins.

Weitere Themen waren digitale Angebote für eine bessere Vernetzung zwischen Verlagen und Buchhändlern und immer noch die Umsetzung eines Länderstandes von Bremen auf der Frankfurter Buchmesse. „Besonders in diesen Krisenzeiten gilt es die Buchszene mehr wertzuschätzen und zu unterstützen“, fordert Rohmeyer. „Wir wollen ein Angebot für alle Bremer Literaturakteure, einen Literaturmarktplatz schaffen. So sollen auch kleine Verlage, die sich die Messekosten sonst nicht leisten können, zu mehr Sichtbarkeit kommen. Andere Länder wie Bayern, Sachsen und Thüringen machen es uns bereits erfolgreich vor. Und da Bremen sich im nächsten Jahr um den Titel „City of Literature“ bewirbt, wäre dies ein guter Anlass, endlich im Oktober 2023 in Frankfurt auf der Buchmesse vertreten zu sein.“

Kontakt
rohmeyer@cdu-bremen.de

Ausguck:
4.2022

christdemokratisch
hanseatisch
unterhaltsam

Ein Magazin der
CDU-Bürgerschaftsfraktion
im Land Bremen

Am Wall 135 · 28195 Bremen
T. 0421 - 3089 4 - 0
F. 0421 - 3089 4 - 44

Verantwortlich für den Inhalt
(V.i.S.d.P.): Dr. Andreas van Hooven
(Pressesprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion)

Erscheinungsweise:
4 Ausgaben jährlich

Auflage:
3.500 Exemplare

Fotos:
CDU-Bürgerschaftsfraktion,
Bremische Bürgerschaft, shutterstock,
Alexander Fanslau, Frank Thomas Koch

Gestaltung:
Swakowski | Grafikdesign

Druck:
BerlinDruck GmbH + Co KG, Achim
Das Magazin und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung bedarf der Zustimmung des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Social Media:
Facebook: CDU-Fraktion Land Bremen
Twitter: twitter.com/CDUFraktionHB
Instagram: instagram.com/cdubremen

FSC www.fsc.org RECYCLED Papier aus Recyclingmaterial FSC® C011814

ZU GUTER LETZT

Liebe Bremerinnen und Bremerhavenerinnen
Liebe Bremer und Bremerhavener,

das Jahr 2022 liegt fast hinter uns. Vor einem Jahr haben wir gehofft, Corona in den Griff zu bekommen, aber wer hätte geglaubt, dass 2022 wieder Krieg in Europa herrscht? Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine und die in diesem Krieg begangenen Verbrechen sind ein Angriff auf die freie Welt und unveräußerliche Menschenrechte. Deswegen ist klar, dass wir uns solidarisch zeigen und den Ukrainerinnen und Ukrainern helfen. Die Folgen des Krieges sind auch in Bremerhaven und Bremen erfahrbar: steigende Flüchtlingszahlen, gestörte Lieferketten, drastisch steigende Energiepreise und die höchste Inflation seit 70 Jahren.

Die Sorgen der Menschen sind überall spürbar. Kleine und mittelständische Unternehmen geraten unter Druck. Was sie brauchen, sind schnelle und passgenaue Hilfen. Besonders hart trifft die Krise Menschen, die schon vor dem Krieg und der Pandemie bei uns in Armut lebten. Ihre Notlage verschärft sich weiter. Doch statt Ursachen zu bekämpfen, verwalten die Sozialdemokraten die Armut lediglich, und das seit 75 Jahren. Wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion sind überzeugt: Armut bekämpft man durch gute Bildung und sinnvolle Arbeitsförderung. Wir wollen Perspektiven schaffen und Wege aus der Armut gestalten. Dafür haben wir einen durchdachten Plan.

Heiko Strohmann: „Kommen Sie gut durch den Winter!"

Das gilt ebenso für den Klimaschutz und die Innenstadt. Auch um unsere City steht es schlecht: Leerstand, fehlende Investitionen, politische Unfähigkeit. Seit Jahren fehlt die Umnutzung des Parkhauses Mitte und des Sparkassen-Gebäudes am Brill. Stillstand herrscht auch beim Domshof, der Glocke, der Straßenbahn, beim Brückenbau usw. Der Senat kündigt nur noch an oder verschwendet Steuergelder in Millionenhöhe durch Experimente wie in der Martinistraße. Dabei liegt unser Innenstadtkonzept längst auf dem Tisch: Attraktiv und lebendig wird die City nur über einen Mix aus Einkaufen, Gastronomie, Kultur und Wohnen. Dafür macht sich die CDU-Fraktion stark. Dazu gehört es auch, mehr Innere Sicherheit im Zentrum durchzusetzen und für Sauberkeit und gegen Drogenhandel rund um den Hauptbahnhof zu kämpfen. Denn die Menschen haben das Recht auf ein sicheres Gefühl im Öffentlichen Raum.

Bremen und Bremerhaven stehen auch 2023 vor großen Herausforderungen. Was mich zuversichtlich stimmt, sind die vielen Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, die wir im Rahmen unserer Moin-Tour und bei anderen Gelegenheiten in diesem Jahr geführt haben. Manche Gespräche waren schwierig, manche fröhlich, aus anderen haben sich politische Initiativen entwickelt. Krisen überwindet man nicht auf sich gestellt und mit hängendem Kopf, sondern durch Gemeinschaft, kluge Ideen, Weitsicht und Entschlossenheit. Zusammen mit Ihnen wollen wir als Christdemokraten unseren Teil dazu beitragen, um unsere beiden Städte lebenswerter zu machen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihren Familien und Ihnen im Namen des gesamten Teams der CDU-Bürgerschaftsfraktion beschauliche und friedvolle Weihnachtstage sowie viel Kraft, Gesundheit und Gottes Segen für das neue Jahr! Lassen Sie uns im Gespräch bleiben!

Ihr Heiko Strohmann

Fraktionsvorsitzender

CDU FRAKTION BREMEN